

UNTERRICHTUNG

durch den Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Jahresbericht 2003

Inhaltsverzeichnis	Seite
1. Einleitung	3
2. Ausstattung der Behörde	5
3. Beratung nach Stasi-Unterlagengesetz-Ausführungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern	6
3.1 Rehabilitierung und Entschädigungsleistungen	8
3.2 Beratung öffentlicher Stellen	11
4. Historisch-politische Aufarbeitung	13
4.1 Das Projekt „Die DDR im Schulunterricht“	13
4.2 Allgemeine Öffentlichkeitsarbeit und historisch-politische Bildung	15
4.3 50. Jahrestag des 17. Juni 1953	21
5. Zusammenarbeit mit Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen	23

1. Einleitung

Die Erinnerung an das historische Ereignis des 17. Juni 1953 stand im Kalenderjahr 2003 im Mittelpunkt vieler Beratungsgespräche und Veranstaltungen der Behörde des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Zum fünfzigsten Mal jährten sich diese „Tage im Juni 1953“, die zu einem Meilenstein in der Geschichte der DDR wurden. Wenige historische Ereignisse der deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte haben seitdem in ihrer Bewertung so gegensätzliche Interpretationen ausgelöst und wurden politisch so stark instrumentalisiert, wie der so genannte Arbeiteraufstand des 17. Juni 1953.

Zahlreiche Wissenschaftler, Publizisten, Rundfunk- und Fernsehanstalten nahmen sich im Jahr 2003 dieses Themas an, dokumentierten die damaligen Ereignisse und stellten den heute sehr viel differenzierteren Wissensstand darüber zusammen. Es entstanden mehr als 30 neue Monografien zu diesem Thema, etliche Filme wurden gedreht und gesendet, thematische Ausstellungen wurden erarbeitet und Gedenkveranstaltungen durchgeführt.

Für Mecklenburg-Vorpommern galt es, die hier tatsächlich stattgefundenen Ereignisse historisch-kritisch zu dokumentieren und in den Gesamtzusammenhang einzuordnen. Dazu musste mit einigen bestehenden Urteilen und Vorurteilen aufgeräumt werden. So z. B. damit, dass es im Juni 1953 nur in Berlin und im Süden der DDR Aufstände gegeben habe und in Mecklenburg-Vorpommern nichts passiert sei. Auch die Legende, dass die Proteste des 17. Juni 1953 ausschließlich Arbeiterproteste gewesen seien und andere Berufsgruppen, wie z. B. die Bauernschaft in Mecklenburg und Vorpommern oder die Besitzer mittelständischer Betriebe damit nichts zu tun gehabt hätten, galt es unter Berücksichtigung regionaler Forschungsergebnisse zu widerlegen.

Entsprechend seines gesetzlichen Auftrags nahm der Landesbeauftragte dieses Thema im Jahr 2003 in zweierlei Weise auf: zunächst im Rahmen der psychosozialen Beratung und Begleitung Betroffener, sodann als Thema der historisch-politischen Aufarbeitung und politischen Bildung. Über einen öffentlichen, durch die Medien des Landes verbreiteten, Aufruf meldeten sich landesweit zahlreiche Zeitzeugen, die ihre Erlebnisse in jenen Tagen des Juni 1953 erzählten. Darunter waren sowohl Akteure des Aufstandes aus verschiedenen kleinen Städten und Dörfern des Landes, als auch Angehörige von bewaffneten Organen der DDR, die von ihren Einsatzbefehlen und den ideologischen Begründungen dafür berichteten. Die Ergebnisse der Archivrecherchen und der Zeitzeugenbefragungen wurden im Rahmen eines Forschungsprojektes wissenschaftlich bearbeitet und zu einer Ausstellung verdichtet. Mit dieser Ausstellung reisten der Landesbeauftragte und seine Mitarbeiter über ein halbes Jahr lang durch zehn Schulen und andere öffentliche Räume des Bundeslandes und luden sowohl zu zahlreichen Unterrichtsstunden und Schulprojekttagen, zu Lehrerfortbildungen sowie zu öffentlichen Veranstaltungen ein.

Die Botschaft erreichte ihre Empfänger. Zahlreiche Schulen des Landes nutzten die Monate vor der Ausstellungspräsentation im jeweiligen Ort dazu, unter fachlicher Begleitung durch die Mitarbeiter des Landesbeauftragten nach den lokalen Bezügen des Themas zu forschen und mit den vermittelten Zeitzeugen zu sprechen. So wurde an allen Präsentationsorten der Ausstellung eine frei gelassene Tafel der Ausstellung durch die örtliche Schule selbst gestaltet.

Vertreter der am Projekt beteiligten Schulen, Vertreter der Verfolgtenverbände sowie eine breite Öffentlichkeit des Landes nahmen am 12. Juni 2003 an der Gedenkveranstaltung zum 17. Juni 1953 in der Aula der Universität Rostock teil. In einem umfangreichen Rahmenprogramm stellten Studenten der Schauspielschule Rostock ihre Art einer szenischen Umsetzung des Themas 17. Juni 1953 vor, an einem anderen Abend interpretierte der Sänger Wolf Biermann seine Sicht auf die deutsch-deutsche Geschichte in einem mehrstündigen Konzert.

Der Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen hatte gemeinsam mit dem Oberbürgermeister der Stadt Rostock und der Außenstelle Rostock der Bundesbeauftragten zu diesen Veranstaltungen und zu dem ehrenden Gedenken eingeladen. Mehrere hundert Gäste folgten der Einladung zu den einzelnen Veranstaltungen.

Neben den Aktivitäten zur Erinnerung an den 17. Juni 1953 wurden im Rahmen der Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit im Jahr 2003 wiederum zahlreiche Projekte und Veranstaltungen, viele davon in Kooperation mit anderen Einrichtungen, durchgeführt (s. Kap. 3).

Zu den Schwerpunkten der Tätigkeit der Behörde im Jahr 2003 gehörten auch die Teilnahme an den Diskussionen um die Verlängerung der Rehabilitierungsgesetze für politisch Verfolgte, der Einsatz für bessere Entschädigungsmöglichkeiten für erlittenes Unrecht und die Einrichtung einer Verfolgtenrente als Nachteilsausgleich. Eine Verlängerung der Rehabilitierungsgesetze konnte erreicht werden, die Fristen für die Antragstellung wurden vom Deutschen Bundestag durch eine Novellierung bis zum Jahr 2007 verlängert. Die Bemühungen um die Einrichtung einer Verfolgtenrente scheiterten allerdings erneut Ende des Jahres 2003 im Deutschen Bundestag. Damit wurden die Hoffnungen vieler ehemals politisch Verfolgter auf Anerkennung des Unrechts und Würdigung ihres Schicksals erneut enttäuscht. Trotz zahlreicher Anhörungen und Gespräche in Berlin und andernorts, an denen auch der Landesbeauftragte und seine Mitarbeiter beteiligt waren, konnte für die Betroffenen auch im Jahr 2003 keine wesentliche Verbesserung ihrer Situation erreicht werden. Gerade die ehrenden Reden vieler Politiker im Rahmen der Gedenkveranstaltungen zum 50. Jahrestag des 17. Juni 1953 hinterließen bei vielen ehemals politisch Verfolgten deshalb einen bitteren Nachgeschmack.

Am 25. Juni 2003 erfolgte durch die Abgeordneten des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern die Wiederwahl des Landesbeauftragten in eine zweite Amtszeit. Der Landtag setzte damit ein Signal für die Fortführung der Tätigkeit dieser Behörde. Mit der Wahl des Landesbeauftragten und der Fortsetzung seines gesetzlichen Auftrags wurde zugleich die Unabhängigkeit dieses Amtes gestärkt und eine lange Debatte um die Zukunft dieser Behörde beendet, auf die bereits im Tätigkeitsbericht 2002 hingewiesen wurde.

Bei der Umsetzung seines gesetzlichen Auftrags werden der Landesbeauftragte und seine Mitarbeiter durch alle Abteilungen des Justizministeriums Mecklenburg-Vorpommern, dem die Dienst- und Rechtsaufsicht über die Behörde obliegt, organisatorisch und fachlich unterstützt. Insbesondere den Mitarbeitern der Abteilung 1 des Justizministeriums sei an dieser Stelle dafür gedankt.

2. Ausstattung der Behörde

Personalausstattung

Dem Landesbeauftragten stehen zur Erfüllung seines gesetzlichen Auftrages insgesamt drei Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter zur Verfügung. Alle Stellen sind besetzt. Neben dem Stellvertreter des Landesbeauftragten handelt es sich um eine Mitarbeiterin mit Arbeitsschwerpunkt im Sachgebiet psychosoziale Bürgerberatung und um eine Bürosachbearbeiterin in der Geschäftsstelle, von der auch der Haushalt der Behörde geführt wird.

Im Arbeitsbereich „historisch-politische Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes“ konnte im Berichtszeitraum 2003 durch Umschichtung von Haushaltsmitteln die befristete Einstellung eines Mitarbeiters erfolgen, der insbesondere im Projekt „Die DDR im Schulunterricht“ sowie im Projekt „Der 17. Juni 1953 in Mecklenburg-Vorpommern“ tätig wurde.

Weiterhin wurden speziell ausgebildete externe Fachberater in Mecklenburg-Vorpommern aus Haushaltsmitteln im Rahmen der psychosozialen Beratung und Betreuung über Werkverträge stundenweise finanziert. Sie leisteten im Berichtszeitraum wichtige psychologische und psychotherapeutische Hilfe für in der SBZ und der DDR politisch Verfolgte, die heute noch an den Folgen der gegen sie durchgeführten politisch-repressiven Maßnahmen leiden. Der Landesbeauftragte überweist regelmäßig Einzelpersonen an Ärzte und Therapeuten.

Finanzielle Ausstattung der Behörde

Auch die Behörde des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen war im Berichtszeitraum von den allgemeinen Sparmaßnahmen im Landeshaushalt betroffen. Im Grundsatz aber hatten die Haushaltsansätze der Vorjahre auch im Berichtszeitraum Bestand, wie sich aus dem Landeshaushaltsplan im Detail ersehen lässt.

Durch die Einwerbung von Drittmitteln der „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ wurde befristet eine spürbare Verbesserung der psychosozialen Beratung und eine Ausweitung der Betreuungsangebote für Betroffene politischer Verfolgung im Rahmen von Rehabilitation und Wiedergutmachung möglich. Menschen mit gesundheitlichen Folgeproblemen nach erlittener Haft konnte so vor allem durch das aufgebaute landesweite Netz fachkundiger und speziell ausgebildeter Ärzte und Therapeuten besser geholfen werden.

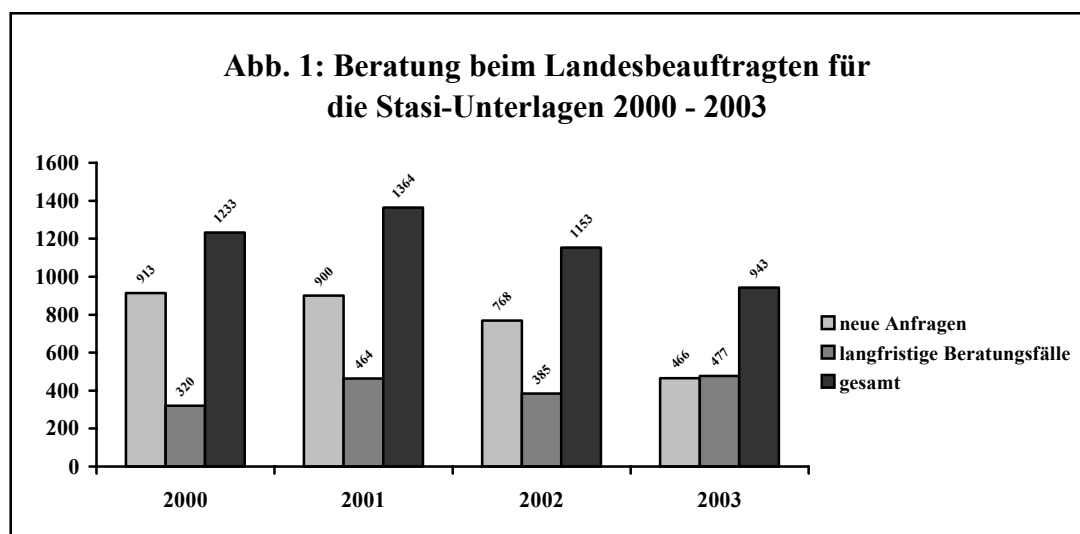
Sachliche Ausstattung der Behörde

Die Behörde ist weiterhin in der Stadt Schwerin in einer landeseigenen Liegenschaft im Jägerweg gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung untergebracht. Neben den Arbeitsräumen steht ein Saal für bis zu 30 Personen zur Verfügung, der insbesondere für Schulprojekttage und andere Veranstaltungen genutzt wird. In den Arbeitsräumen ist eine Fachbibliothek mit Schwerpunkt Stasi- und DDR-Aufarbeitung untergebracht.

3. Beratung nach Stasi-Unterlagengesetz-Ausführungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern

Der wichtigste Bereich in der Tätigkeit des Landesbeauftragten, die psycho-soziale Beratung nach § 5 StUG-AG, unterlag seit Einrichtung der Behörde im Jahr 1993 bei aller Kontinuität in der Beratung und Betreuung von Ratsuchenden auch einem Wandel. Die Beratung vor und nach der Akteneinsicht bei der Bundesbeauftragten, das Gespräch mit Betroffenen, besonders mit ehemaligen Häftlingen und die Unterstützung einer persönlichen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit sowie die Klärung des Schicksals von Angehörigen waren von Anbeginn wichtige Themen im Rahmen der Beratung und sie sind es noch heute. Die Themenbereiche aber, die in der Beratungstätigkeit dominieren, haben sich über die Jahre verändert. Bis Mitte der 1990er-Jahre suchten vor allem Angehörige des öffentlichen Dienstes, zu denen anlässlich der Überprüfungen im öffentlichen Dienst von Bund, Land oder Kommunen eine Auskunft des Bundesbeauftragten vorlag, dass sie als Inoffizielle Mitarbeiter des MfS geführt worden waren, Rat beim Landesbeauftragten. Hier ging es u. a. um Verfahrensfragen oder um arbeitsrechtliche Möglichkeiten, häufig aber auch darum, in intensiven persönlichen Gesprächen die individuelle Verstrickung in politisches Unrecht aufzuarbeiten. Vielen ehemals politisch Verfolgten wurde allerdings gerade in dieser Zeit das Gespräch, das sie mit „ihren“ Inoffiziellen Mitarbeitern suchten, von letzteren immer wieder verweigert. Dennoch gelang es in einigen Fällen unter Moderation des Landesbeauftragten, solche Gespräche durchzuführen, die die Beteiligten meist als befreiend charakterisierten.

Ende der 1990er-Jahre rückten zwei Themenkomplexe zunehmend in den Vordergrund, die sich in der Folge zu Schwerpunkten der Beratungsarbeit entwickelten und auch im Jahr 2003 von besonderer Bedeutung waren: Dabei handelt es sich erstens um die Hilfe und Betreuung im Rahmen von Rehabilitierungsverfahren und die Unterstützung bei dem Versuch, die häufig prekäre soziale Situation der ehemals politisch Verfolgten zu mildern. Zweitens geht es um die Hilfe für Betroffene, die versuchen, gesundheitliche Folgeschäden der politischen Repression amtlich geltend zu machen und entsprechende Unterstützungsleistungen zu erhalten.



Die Gesamtzahl der Beratungsfälle ging mit 943 im Jahr 2003 im Vergleich zu den Vorjahren leicht zurück. (Abb. 1). Von den insgesamt 466 neuen Anfragen an die Behörde bezogen sich 261 auf die Akteneinsicht bei der Bundesbeauftragten, 205 Bürgerinnen und Bürger wandten sich in Konfliktsituationen an den Landesbeauftragten und nahmen die Beratungsangebote wahr. Hinzu kommen 477 schon bestehende langfristige, zum Teil mehrjährige Beratungsfälle. Hier geht es vor allem um Unterstützung in Rehabilitierungsverfahren, bei den Verfahren zur Anerkennung haftbedingter Gesundheitsschäden oder die langfristige Betreuung von Menschen mit manifesten gesundheitlichen Folgeschäden.

Eine anhaltend hohe Zahl von Bürgern bemühte sich auch im Jahr 2003 um eine persönliche Akteneinsicht in den Außenstellen der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Monatlich wurden im Jahr 2003 in allen drei Außenstellen in Mecklenburg-Vorpommern zwischen 150 und 250 Anträge auf Akteneinsicht gestellt. Hinzu kommen Anträge auf Decknamenentschlüsselung (Schwerin 893, Rostock 810, Neubrandenburg 520) und Anträge auf Kopien (Tab. 1).

Tabelle 1: Antragszahlen in den Außenstellen der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2003 (nachrichtlich)

Außenstelle	Erstanträge	Wiederholungsanträge	Anträge gesamt
Schwerin	1.380	620	2.000
Rostock	1.742	604	2.346
Neubrandenburg	1.627	548	2.175

Auch im Jahr 2003 führte die Behörde neben den regelmäßigen Sprechzeiten in Schwerin und Rostock Sprechtage in kleineren Städten des Landes durch (Tab. 2). Wiederum zeigte sich, dass es noch immer zahlreiche Betroffene gibt, die über Rehabilitierungsleistungen entweder nicht ausreichend informiert sind oder die erst jetzt die Kraft finden, sich diesem Kapitel ihrer Biografie zuzuwenden. Allein 29 der insgesamt 139 Anfragen an den Landesbeauftragten im Rahmen der externen Sprechtage im Herbst 2003 betrafen Möglichkeiten der Rehabilitierung und daraus resultierende Folgeansprüche.

Tabelle 2: Externe Sprechtage 2003

Ort	Datum	Zahl der Ratsuchenden
Stralsund	7. Oktober 2003	43
Waren	22. Oktober 2003	16
Dömitz	11. November 2003	23
Woldegk	25. November 2003	12
Wolgast	26. November 2003	45

Unterstützt wurde die Beratungsarbeit des Landesbeauftragten auch im Jahr 2003 durch die Förderung der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Rahmen ihres Projekts „Beratungsoffensive“. Dadurch konnte die Beratung von Betroffenen intensiviert und die Zusammenarbeit mit externen Partnern verbessert werden. Mitarbeiter der Lebensberatungsstellen der Caritas und des Diakonischen Werks in Mecklenburg-Vorpommern waren 2002 in Fortbildungsmaßnahmen mit den Besonderheiten der Beratung von politisch Verfolgten vertraut gemacht worden und können seither den Landesbeauftragten in der Beratungsarbeit unterstützen. Mit einem Informationsblatt wird auf das erweiterte Beratungsangebot hingewiesen.

3.1 Rehabilitation und Entschädigungsleistungen

Echte Verbesserungen der Situation ehemals politisch Verfolgter durch die Einrichtung einer Verfolgtenrente oder die Vereinfachung der Antrags- und Nachweisverfahren waren auch 2003 politisch nicht durchsetzbar. Dennoch konnte ein drängendes Problem, das Auslaufen der Fristen für Anträge nach den Rehabilitierungsgesetzen, vorläufig gelöst werden. Der Deutsche Bundestag verlängerte die Antragsfristen bis zum 31. Dezember 2007, die Notwendigkeit dieser Fristverlängerung wird durch die immer noch auflaufenden neuen Rehabilitierungsanträge unterstrichen. In der Diskussion um diese notwendige Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze zeigte sich erneut, wie schwer es den Betroffenen und Beratungseinrichtungen fällt, den politischen Entscheidungsträgern klar zu machen, dass sich die individuelle Aufarbeitung politischer Verfolgung nicht nach Verwaltungsvorschriften richten kann. Manche Betroffene können erst nach Jahren über das an ihnen verübte Unrecht überhaupt sprechen, vor dem zum Teil als demütigend empfundenen Verwaltungsmarathon der Rehabilitierungsverfahren schrecken viele auch dann noch zurück. Hier gilt es für den Landesbeauftragten, Unterstützung nicht nur beim reinen Rehabilitierungsverfahren (Informationen zum Antragsweg, Recherchen, Moderation bei Konflikten mit dem Amt für Rehabilitierung und Wiedergutmachung usw.) sondern häufig auch psychosoziale Betreuung zu leisten.

Einige Betroffene erkennen auch erst mit ihrem Rentenbescheid, welche finanzielle Einbuße die politische Verfolgung noch heute bedeuten kann. So baten viele Antragsteller um Informationen zum Rehabilitierungsverfahren, da sie durch die Rentenversicherung ein Schreiben zur Kontenklärung erhielten, das sie auf (haftbedingte) Fehlzeiten hinwies.

Insgesamt gingen beim Amt für Rehabilitierung und Wiedergutmachung in Mecklenburg-Vorpommern bis Ende 2003 17.261 Anträge zu Unrecht Verurteilten ein (11.221 Anträge auf Kapitalentschädigung für erlittene Haft, 6.040 Anträge auf Kostenerstattung). Zum zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz wurden bis Dezember 2003 insgesamt 14.960 Anträge gestellt. Davon betrafen 4.929 Anträge die verwaltungsrechtliche Rehabilitierung und 10.031 Anträge die berufliche Rehabilitierung. 10.119 Bescheide wurden erteilt, darunter waren 5.934 Bewilligungen (davon wiederum 1.388 Bescheide mit Teilablehnung). 4.185 Anträge wurden gänzlich abgelehnt. Im Dezember 2003 waren 1.065 Anträge noch nicht abschließend bearbeitet.

Stiftung für ehemalige politische Häftlinge

Ehemaligen Häftlingen in einer besonders schwierigen sozialen Situation kann auf Antrag die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge mit finanziellen Zuschüssen helfen. Auch hier zeigt sich, dass Betroffene ohne Beratung um diese Möglichkeit der Hilfe oft überhaupt nicht wissen. Darüber hinaus muss zunächst geklärt werden, ob ein Antrag gemäß Häftlingshilfegesetz (HHG) oder nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG, auch 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz) gestellt werden kann, denn anspruchsberechtigt bei der Stiftung sind nur Antragsteller, die einen Rehabilitierungsbescheid nach dem StrRehaG vorlegen können. Für Antragsteller mit einer so genannten HHG-Bescheinigung (also z. B. auch Zivildeportierte) gibt es keinen Anspruch auf Unterstützung durch die Stiftung, sondern nur die Möglichkeit. Im Rahmen der Beratungstätigkeit hilft der Landesbeauftragte Betroffenen bei der Antragstellung und führt den Schriftverkehr mit der Stiftung. Betroffene müssen u. a. über Kontenbelege nachweisen, dass sie sich in einer besonders beeinträchtigten wirtschaftlichen Lage befinden, auch dies gelingt ihnen oft nur mit Hilfe. (Der Nachweis der Bedürftigkeit entfällt bei Hinterbliebenen der ehemaligen politischen Häftlinge, die hingerichtet worden oder auf der Flucht umgekommen oder im Gewahrsam oder im Anschluss an den Gewahrsam an dessen Folgen verstorben sind.)

Die beiden Hauptprobleme im Zusammenhang mit der sehr effizient und „opferfreundlich“ arbeitenden Stiftung sind zum einen der nicht vorhandene Anspruch für Zivildeportierte oder SMT-Verurteilte, zum anderen die nicht ausreichende Kapitalausstattung der Stiftung durch den Bund. So müssen Betroffene oft sehr lange auf die dringend benötigten Unterstützungsleistungen warten. Zusammen mit der Antragstellung bei einer Stiftung erzeugt dies nicht selten den Eindruck, trotz der Leiden der politischen Haft heute zum Bittsteller degradiert zu sein.

Tabelle 3: Anträge an die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge und gewährte Unterstützungsleistungen nach Vorlage einer Bescheinigung nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz

Jahr	bundesweit		Mecklenburg-Vorpommern	
	bewilligte Anträge	bewilligte Summe	bewilligte Anträge	bewilligte Summe
2003	5.617	11.652.350,00 €	369	842.150 €
2002	5.271	13.172.514,50 €	359	974.450 €
2001	4.001	19.996.206,00 DM	222	1.222.100 DM
2000	3.307	17.342.500,00 DM	202	1.170.400 DM
1999	2.316	11.000.000,00 DM	94	453.200 DM

Tabelle 4: Anträge an die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge und gewährte Unterstützungsleistungen nach Vorlage einer Bescheinigung nach dem Häftlingshilfegesetz (HHG)*

Jahr	bundesweit	
	bewilligte Anträge	bewilligte Summe
2003	1.513	2.544.300 €
2002	1.557	3.153.700 €
2001	945	2.999.700 DM
2000	514	1.499.900 DM
1999	428	835.900 DM

*Keine Aufschlüsselung nach Ländern verfügbar.

Beratung zur Rehabilitierung durch Stellen der Russischen Föderation

Wie schon in den Vorjahren berichtet, können deutsche Staatsbürger, die von Sowjetischen Militärtribunalen verurteilt wurden, eine Rehabilitierung bei der Hauptmilitärstaatsanwaltschaft in Moskau beantragen. Der Landesbeauftragte informiert Betroffene bzw. deren Angehörige über diese Möglichkeit und leitet die Anträge an die Stiftung Sächsische Gedenkstätten weiter. Hier existiert bislang eine Dokumentationsstelle, mit der der Landesbeauftragte seit Jahren eng und vertrauensvoll zusammenarbeitet. Von dort aus wird die weitere Antragstellung in Moskau erledigt. Nach Auskunft des Auswärtigen Amtes haben bis Ende 2003 insgesamt über 19.000 durch sowjetische Militärtribunale verurteilte Deutsche Rehabilitierungsanträge bei der Militärhauptstaatsanwaltschaft Moskau gestellt. In über 13.000 Verfahren wurden die Verurteilungen „mangels Tatbestandes eines Verbrechens“ voll aufgehoben.

Dieser Rehabilitierungsbescheid allein begründet für die Betroffenen noch keinerlei Anspruch auf materielle Entschädigung, weder in Russland noch in der Bundesrepublik. Erst mit der Anerkennung als ehemaliger politischer Häftling nach dem HHG oder einer strafrechtlichen Rehabilitierung nach dem StrRehaG können diese Betroffenen eine Kapitalentschädigung für die zu Unrecht erlittene Haft beantragen.

Beratung von ehemaligen Zivildeportierten

Die Rehabilitierungsmöglichkeiten für die Gruppe der Zivildeportierten haben sich ungeachtet vieler Proteste seitens der Opferverbände nicht verbessert. Sie haben weder die Möglichkeit, in Moskau eine Rehabilitierung zu beantragen, noch fallen sie unter den Anwendungsbereich der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze. Im Tätigkeitsbericht 2001 wurde ausführlich über die Situation dieser Betroffenengruppe informiert. Die Betroffenen haben weiterhin nur die Möglichkeit, sich mit einem Unterstützungsantrag an die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge zu wenden. Nach Prüfung der Bedürftigkeit können Unterstützungsleistungen gewährt werden. Der Landesbeauftragte berät und unterstützt Betroffene auch in diesen Antragsverfahren.

Gesundheitliche Folgeschäden politischer Verfolgung

Ein bislang im Rahmen der Rehabilitierungsbemühungen nur unzureichend beachtetes Feld stellen die gesundheitlichen Folgeschäden politischer Verfolgung dar. Anträge auf Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden beim Landesversorgungsamt können sowohl von ehemaligen Häftlingen als auch von ehemals politisch Verfolgten gestellt werden, die nicht inhaftiert waren, aber andere Formen der Repression erleiden mussten (z. B. Zersetzungsmaßnahmen des MfS). Nach der Anerkennung eines Gesundheitsschadens als verfolgungsbedingt durch das Landesversorgungsamt hängt es von der Höhe der dort bescheinigten Minderung der Erwerbsfähigkeit ab, ob Anspruch auf eine Beschädigtenrente (ab 25 % MdE) oder nur Ansprüche auf Kostenersatz für Heilbehandlungen bestehen.

In Mecklenburg-Vorpommern wurden bis Dezember 2003 lediglich 488 entsprechende Anträge registriert. Hinzukommen weitere 254 Anträge von politischen Häftlingen, die eine Anerkennung nach dem Häftlingshilfegesetz haben. Nur bei insgesamt 91 Antragstellern führte dies allerdings zur Zahlung einer Beschädigtenversorgung.

Der Landesbeauftragte berät die Betroffenen und begleitet sie bei Bedarf im Antragsverfahren, das häufig eine große psychische Belastung darstellt. Die geringe Zahl von Antragstellern und die geringe Anerkennungsquote veranlassten die Konferenz der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen im Jahr 2003, ein Expertengutachten zu den gesundheitlichen Folgen politischer Haft in Auftrag zu geben, das die zuständigen Gutachter und Ämter auf neue Forschungsergebnisse hinweisen und sie für die besondere Lage ehemaliger Häftlinge sensibilisieren soll. Den Betroffenen soll es Mut machen und ihnen eine Argumentationshilfe an die Hand geben. Das Gutachten wurde von einem Expertenteam unter der Leitung von Prof. Dr. Harald J. Freyberger (Klinik und Poliklinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald am Klinikum der Hansestadt Stralsund) erstellt und ist in der Geschäftsstelle des Landesbeauftragten erhältlich. Für die Zukunft ist ein weiteres Projekt zu den gesundheitlichen Folgen bei politisch Verfolgten, die nicht inhaftiert waren, geplant.

In Zusammenarbeit mit Prof. Freyberger soll außerdem eine Liste von kompetenten Gutachtern für diesen sensiblen Themenbereich erarbeitet werden, auf die die Versorgungsverwaltung in Zukunft zugreifen kann.

3.2 Beratung öffentlicher Stellen

Nach wie vor gehen Anfragen v. a. von Kommunen zu den Verfahren der Überprüfung im öffentlichen Dienst oder in Gemeinde- und Stadtvertretungen ein. Im Bereich der Landesverwaltung ist ein Gesamtüberblick über die durchgeführten Verfahren seit Mitte 2003 nicht mehr möglich, da die zentrale Erfassung der Überprüfungsverfahren eingestellt wurde. Die hier nachrichtlich wiedergegebenen Zahlen (Stand: 30. Juni 2003) sind somit die letzte verfügbare Statistik.

Überprüfung des öffentlichen Dienstes in Mecklenburg-Vorpommern (Landesverwaltung), Stand: 30.06.2003 (nachrichtlich)

Geschäftsbereich	Anzahl der Anfragen	Anzahl der Antworten	davon: keine Erkenntnisse	IM oder HM*	davon: Kündigungen	Auflösungsverträge	ohne Konsequenzen	Entscheidung steht noch aus	bereits ausgeschieden	wieder eingestellt
Staatskanzlei	242	227	217	10	3	1	6	-	-	-
Innenministerium	10.640	10.519	8.644	1.875	427	392	914	1	104	37
Justizministerium	4.805	4.733	4.569	164	40	30	80	1	11	2
Finanzministerium	4.479	4.479	4.304	175	23	47	99	-	5	1
Wirtschaftsministerium	1.954	1.888	1.756	132	24	14	79	-	15	-
Min. f. Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei	5.333	5.137	4.695	442	72	94	203	-	69	4
Min. f. Bildung, Wissenschaft und Kultur	53.928	53.773	51.561	2.212	340	255	785	12	789	31
Min. f. Arbeit, Bau und Landesentwicklung (ehem. BLUM bis 31.12.1998)	37	36	34	2	1	-	1	-	-	-
	1.494	1.460	1.394	66	2	19	38	-	6	1
Sozialministerium	1.626	1.625	1.565	60	7	9**	37	-	7	-
Umweltministerium	71	65	60	5	-	1	3	-	1	-
Landesrechnungshof	115	115	109	6	5	-	1	-	-	-
Landtagsverwaltung	215	208	205	3	1	1	1	-	-	-
GESAMT	84.939	84.265	79.113	5.152	945	863	2.247	14	1.007	76

* IM: Inoffizielle Mitarbeiter; HM: Hauptamtliche Mitarbeiter.

** zzgl. 2 aufgrund eigener Belastung

Quelle: Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern.

4. Historisch-politische Aufarbeitung

Im Berichtsjahr stand neben der Arbeit mit Schülerinnen und Schülern im Rahmen des Projekts „Die DDR im Schulunterricht“ besonders die Erinnerung an den 17. Juni 1953 im Vordergrund. Daneben fanden Veranstaltungen zu besonderen Themen wie das Häftlingstreffen in Bützow statt. Wie in den Vorjahren erreichten den Landesbeauftragten außerdem zahlreiche Anfragen zu Vorträgen und Gesprächsrunden verschiedener Träger.

4.1 Das Projekt „Die DDR im Schulunterricht“

Das Projekt „Die DDR im Schulunterricht“ ist zu einem festen Bestandteil der politischen Bildungsarbeit der Behörde geworden. Neben inzwischen etablierten Kontakten zu Schulen und Lehrern, die immer wieder auf das Angebot des Landesbeauftragten zurückgreifen, wandten sich auch im Jahr 2003 viele Lehrerinnen und Lehrer erstmals mit der Bitte um Unterstützung an die Behörde. Zu den zahlreichen gemeinsamen Unterrichtseinheiten, Projekttagen und SCHILF-Tagen (schulinterne Lehrerfortbildungen) kam im Jahr 2003 die Betreuung von Schülern der 10. Klasse hinzu, die für ihre Facharbeiten ein Thema aus dem Bereich „Geschichte der DDR“ ausgewählt hatten.

Veranstaltungen im Rahmen des Projekts „Die DDR im Schulunterricht“			
15.01.03	Schwerin	Gymnasium Bad Oldesloe	Projekttag
20.02.03	Schwerin	Goethe-Gymnasium Schwerin	Führung und Diskussion im Dokumentationszentrum für die Opfer deutscher Diktaturen
20.02.03	Schwerin	Goethe-Gymnasium Schwerin	Vortrag Prof. Sebastian Pflugbeil „Strahlende Zukunft. Der Umgang mit radioaktiven Stoffen als politisches Problem“
20.02.03	Pampow	Gymnasium Pampow	Ausstellungseröffnung „Verurteilt am Demmlerplatz - Sowjetische Militärtribunale in Mecklenburg und Vorpommern“ und Projektarbeit
24.02.03	Wismar	Goethe IGS Wismar	Projekttag
25.02.03	Schwerin	Goethe IGS Wismar	Projekttag
03.03.03	Schwerin	Gymnasium Pampow	Projekttag
04.03.03	Schwerin	Friedrich-Franz-Gymnasium Parchim	Lehrerfortbildung (Fachschaft Geschichte des Gymnasiums)
03.04.03	Schwerin	Gymnasium Pampow	Projektgruppe, Demmlerplatz
10.04.03	Schwerin	Gymnasium Bützow	Projekttag
23.04.03	Schwerin	Gymnasium Pampow	SCHILF-Tag
23.04.03	Schwerin	Goethe-Gymnasium Schwerin	SCHILF-Tag

Veranstaltungen im Rahmen des Projekts „Die DDR im Schulunterricht“			
07.05.03	Rostock	Christophorus-Gymnasium Rostock	Projekttag
19.05.03	Schwerin	Goethe-Gymnasium Schwerin	Führung und Diskussion im Dokumentationszentrum für die Opfer deutscher Diktaturen
27.05.03	Schwerin	Ploggensee-Schule	Führung und Diskussion im Dokumentationszentrum für die Opfer deutscher Diktaturen
02.06.bis 04.06.03	Kirchdorf, Schwerin	Verbundene Haupt- und Realschule Kirchdorf/Poel	Projekttag
05.06.03	Schwerin	Gymnasium Neukloster	Führung und Diskussion im Dokumentationszentrum für die Opfer deutscher Diktaturen mit Austauschschülern aus Frankreich
19.06.03	Schwerin	Berufliche Schule Hagenow	Projekttag
24.06.03	Schwerin	Gymnasium Pampow	Führung und Diskussion im Dokumentationszentrum für die Opfer deutscher Diktaturen mit Austauschschülern aus den USA
30.06.03	Schwerin	Gymnasium Gadebusch	Projekttag
30.06.03	Schwerin	Goethe-Gymnasium Schwerin	Führung und Diskussion im Dokumentationszentrum für die Opfer deutscher Diktaturen mit Austauschschülern aus Schottland
30.06. bis 03.07.03	Schwerin	Gymnasium Pampow	Projekttag
10.07.03	Schwerin	Berufliche Schule Hagenow	Projekttag
29.08.03	Schwerin	Berufl. Schule Rostock/Ernährung und Hauswirtschaft	SCHILF-Tag
01.09.03	Schwerin	Gymnasium Fridericianum Schwerin	Führung und Diskussion im Dokumentationszentrum für die Opfer deutscher Diktaturen mit Schülern aus verschiedenen europäischen Ländern
25.09.03	Schwerin	Christophorus-Schule Rostock	Projekttag
25.09.03	Schwerin	Gymnasium Fridericianum Schwerin	Projekttag
22.09. bis 25.09.03	Schwerin	Gymnasium Fridericianum Schwerin	Projekttag
08.10.03	Schwerin	Bertolt-Brecht- IGS Schwerin	Projekttag
06.11.03	Hamburg	Luisengymnasium	Vortrag und Diskussion

Veranstaltungen im Rahmen des Projekts „Die DDR im Schulunterricht“			
18.11.03	Rostock	Gesamtschule Rostock-Schmarl	Lehrerfortbildung, Fachschaft Geschichte der Schule
19.11.03	Schwerin	Gymnasium Pampow	Vorbesprechung von Facharbeiten
11.12.03	Schwerin	Berufliche Schule Zierow	Projekttag

4.2 Allgemeine Öffentlichkeitsarbeit und historisch-politische Bildung

Neben den dauerhaften Schwerpunkten der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit des Landesbeauftragten fanden im Jahr 2003 eine Fülle von Einzelveranstaltungen bzw. Veranstaltungsreihen zu verschiedenen Themen statt. Besonders erfreulich ist nicht nur die Resonanz auf diese Veranstaltungen sondern auch die Tatsache, dass die Mehrzahl in Kooperation mit anderen, meist örtlichen, Einrichtungen und Trägern durchgeführt werden konnte.

Die vom Landesbeauftragten gemeinsam mit dem Verein „Politische Memoriale“ erarbeitete Wanderausstellung „Verurteilt am Demmlerplatz - Sowjetische Militärtribunale in Mecklenburg und Vorpommern“ fand auch im Berichtszeitraum wieder reges Interesse. Die großformatige Ausstellung wanderte durch verschiedene Städte des Landes, an denen jeweils Begleitveranstaltungen durchgeführt wurden. Damit konnte das immer noch stark tabuisierte politische Unrecht der unmittelbaren Nachkriegsjahre, das zu einem Trauma tausender Bürgerinnen und Bürger unseres Bundeslandes geworden ist, weiter der interessierten Öffentlichkeit erschlossen werden.

Termine der Ausstellung „Verurteilt am Demmlerplatz - Sowjetische Militärtribunale in Mecklenburg- und Vorpommern“	
19. Februar 2003 bis 31. März 2003	Pampow, Gymnasium
3. Mai 2003 bis 15. Juni 2003	Schwerin, Wirtschaftsministerium
16. Juni 2003 bis 30. Juni 2003	Möln, Stiftung Herzogtum Lauenburg
1. Juli 2003 bis 25. September 2003	Klütz, St. Marienkirche
26. September 2003 bis 12. Oktober 2003	Neubrandenburg, Sportgymnasium
13. Oktober 2003 bis 7. November 2003	Neustrelitz, Gymnasium Carolinum
10. November 2003 bis 12. Januar 2004	Penzlin, Stadtverwaltung

Zu einer regelmäßigen Einrichtung ist das jährlich stattfindende Seminar mit Angehörigen der Landespolizei geworden, das auch im Jahr 2003 vom Bildungsinstitut der Polizei in Güstrow gemeinsam mit dem Landesbeauftragten und einem externen Referenten durchgeführt wurde. Hierbei stehen jedes Mal historische Wissensvermittlung und individuelle Aspekte der „Wendeverarbeitung“ durch Angehörige der Polizei des Landes im Mittelpunkt eines einwöchigen Seminars in geschlossener Atmosphäre.

Einen ähnlich intensiven Charakter der Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit erreichen die ebenfalls jährlich mit Beteiligung des Landesbeauftragten stattfindenden Ausbildungstage für die Teilnehmer des „Freiwilligen Sozialen Jahres“ beim Diakonischen Werk der Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburgs, die sich im Rahmen ihrer Kurse ebenfalls intensiv mit der DDR-Geschichte beschäftigen.

Der Schriftsteller und ehemalige politische Häftling Ulrich Schacht las auf Einladung des Landesbeauftragten und verschiedener Kooperationspartner (Außenstellen Rostock und Neubrandenburg der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Landeszentrale für politische Bildung, Stadt Wismar) im Januar 2003 in Neubrandenburg, Wismar, Rostock und Schwerin aus seinem Buch „Verrat. Die Welt hat sich gedreht“. Darin hat er u. a. seine Haft Erfahrungen und die Versuche der individuellen Aufarbeitung nach 1989 literarisch verarbeitet. Besonders beeindruckend war dabei die Lesung im Dokumentationszentrum für die Opfer deutscher Diktaturen in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS in Schwerin, in der Schacht nach seiner Verhaftung Anfang der 1970er-Jahre für einige Zeit inhaftiert war.

Auf Einladung des Bildungswerks Mecklenburg-Vorpommern der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Landesbeauftragten las die Autorin Freya Klier am 13. März 2003 in Schwerin aus ihrem Buch „Lebenslügen“.

Die Ausstellung „Verzeihen heißt nicht vergessen“ zum Schicksal Jugendlicher, die nach 1945 vom sowjetischen Geheimdienst verhaftet wurden, konnte vom 5. bis 25. Mai 2003 mit Unterstützung des Landesbeauftragten im Rathaus in Bützow gezeigt werden.

Der Landesbeauftragte war neben zahlreichen anderen Einrichtungen Mitorganisator des Rahmenprogramms zur Ausstellung „Opposition und Widerstand in der DDR“, die vom 5. bis 23. März 2003 im Schweriner Dom zu sehen war.

„Fremde und Fremdsein in der DDR“ lautete das Thema einer Vortrags- und Filmveranstaltung des Landesbeauftragten in der Güstrower Wollhalle am 22. Mai 2003. Dabei ging es insbesondere um die Geschichte des Heims für namibische Kinder in Bellin bei Güstrow und die Schule der Freundschaft in Staßfurt.

Das erste Treffen ehemaliger politischer Häftlinge in Bützow, das in Kooperation mit Politische Memoriale e. V., der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Stadt Bützow vom 17. bis 19. Juni 2003 in Bützow durchgeführt wurde, verband die wissenschaftliche Aufarbeitung mit der Erinnerungsarbeit der Betroffenen. Aufgrund der guten Erfahrungen soll das Bützower Treffen in den kommenden Jahren fortgeführt werden. Die neu gestaltete Ausstellung „Dokumentation zum politischen Missbrauch des Strafvollzuges in Bützow“ im Krummen Haus wurde durch den Landesbeauftragten unterstützt.

Am 10. Juli 2003 las auf Einladung des Landesbeauftragten und des Technischen Landesmuseums Dietrich Kessler aus seinem Buch „Rockmusik und Stasi-Knast“ und diskutierte mit anderen Gesprächspartnern im Rahmen einer Podiumsdiskussion die Möglichkeiten und Beschränkungen populärer Musik in der DDR.

Zum 50. Jahrestag der „Aktion Rose“ wurden in Kooperation mit dem Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung zwei Vortrags- und Filmveranstaltungen in Neubrandenburg (12. März 2003) und Bollewick (20. Juni 2003) durchgeführt. Dr. Klaus Müller berichtete über die juristischen Hintergründe und Konsequenzen dieser Kriminalisierung und Enteignung von Hotel- und Pensionsbesitzern an der Ostseeküste, der Film „... dann standen wir vor dem Nichts“ der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur machte eindringlich das Schicksal der Betroffenen deutlich.

Veranstaltungen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Landesbeauftragten			
Datum	Ort	Kooperationspartner	
09.01.03	Schwerin	Landeszentrale für politische Bildung	Jour fixe „Zum Auseinanderdriften von politischer Bildung und Politikwissenschaft“
10.01.03	Schwerin	Akademie für Politik, Wirtschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern e. V.	Vortrag „MfS und Alltag in der DDR“
18.01.03	Schwerin	Kirchgemeinde Sülstorf	Konfirmandengruppe Sülstorf, Demmlerplatz
18.01.03	Schwerin	Fernuniversität Hagen	Studenten der Fernuniversität Hagen aus M-V
22.01.03	Ratzeburg	Diakonisches Werk/Freiwilliges Soziales Jahr	„DDR und MfS“
27.01.03	Neubrandenburg	Latücht e. V.	Lesung „Verrat. Die Welt hat sich gedreht“ mit Ulrich Schacht
28.01.03	Wismar	Stadtbibliothek Wismar	Lesung „Verrat. Die Welt hat sich gedreht“ mit Ulrich Schacht
29.01.03	Rostock	BStU Außenstelle Rostock	Lesung „Verrat. Die Welt hat sich gedreht“ mit Ulrich Schacht
29.01.03	Ratzeburg	Diakonisches Werk/Freiwilliges Soziales Jahr	„DDR und MfS“
31.01.03	Schwerin	Landeszentrale für politische Bildung	Lesung „Verrat. Die Welt hat sich gedreht“ mit Ulrich Schacht
01.02.03	Meißen	Caritas Mecklenburg	„Die stalinistische Repression durch den sowjetischen Geheimdienst in der SBZ und ihre Fortsetzung durch den Staatssicherheitsdienst der DDR“
04.03.03	Schwerin	Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern, Domgemeinde Schwerin	Ausstellungseröffnung „Opposition und Widerstand in der DDR“

Veranstaltungen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Landesbeauftragten			
Datum	Ort	Kooperationspartner	
05.03.03	Schwerin	Domgemeinde Schwerin	Vortrag Erhart Neubert „Opposition und Widerstand in der DDR“
05.03.03	Schwerin	Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern, Landesinstitut für Schule und Ausbildung u. a.	Sozialkundelehrertag „Widerstand und Opposition in der DDR - ein Thema des politischen Unterrichts“
12.03.03	Neubrandenburg		„Die Aktion Rose - Ein Willkürakt“
13.03.03	Schwerin	Konrad-Adenauer-Stiftung Bildungswerk Rostock	„Lebenslügen“, Buchlesung mit Freya Klier
19.03.03	Schwerin	Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern, Domgemeinde	„Zersetzung - Strategie einer Diktatur“, Vorträge von Dr. Sandra Pingel-Schliemann und Wilfried Linke
28.03.03	Schwerin	Akademie für Politik, Wirtschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern e. V.	Vortrag „Das MfS“
07.04.03	Lübeck	Geschichtswerkstatt Rostock e. V.	Buchpräsentation „200 Jahre Geschichte des Goldschmiedehandwerks in Rostock am Beispiel der Firma Kerfack/Sinner bis 1979“
08.04.03	Hamburg	Universität Hamburg/ Institut für Politikwissenschaft	„Das MfS der SED - zur Wirkungsgeschichte eines Geheimdienstes“
10.04.03	Schwerin	Ev. Luth. Bernogemeinde Schwerin	Vortrag „DDR-Aufarbeitung am Ende?“
05.05.03	Bützow	Stadt Bützow	Ausstellungseröffnung „Verzeihen heißt nicht vergessen“
05.05.03	Schwerin	WIB	Seminar „Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit“
09.05.03	Schwerin	Akademie für Politik, Wirtschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern e. V.	Vortrag „Das MfS“
13.05.03	Hamburg	Universität Hamburg, Institut für Politikwissenschaft	„Arbeit des MfS“
14.05.03	Hamburg	CDU Hamburg	„Stasi-Aufarbeitung - heute noch ein Thema?“
15.05.03	Berlin	Gedenkstätte Hohenschönhausen	„Strahlenopfer der Stasi“
22.05.03	Güstrow		„Fremde in der DDR“, Filmvorstellung und Diskussion
23.05.03	Rostock	BStU Außenstelle Rostock	Lesung „Die Grenze durch Deutschland“ mit Roman Grafe an der Großen Stadtschule Rostock

Veranstaltungen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Landesbeauftragten			
Datum	Ort	Kooperationspartner	
23.05.03	Schwerin	Akademie für Politik, Wirtschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern e. V.	Vortrag „MfS und DDR“
30.05.03	Berlin	Ökumenischer Kirchentag 2003	Podiumsdiskussion „Alles halb so schlimm - oder?“
13.05.03	Loiz	PBC-M-V	„DDR-Aufarbeitung - heute noch ein Thema?“
17.06.03	Waren	Europäische Akademie Waren	„Arbeit des LStU“
18.06.03	Bützow	Politische Memoriale, Friedrich-Ebert-Stiftung, Stadt Bützow	Erstes Häftlingstreffen/„Situation pol. Verfolgter der DDR heute“
20.06.03	Scheune Bollewick	Friedrich-Ebert-Stiftung	„Die Aktion Rose - Ein Willkürakt“
25.06.03	Wendisch - Waren	Diakonisches Werk/Freiwilliges Soziales Jahr	Vortrag „Das MfS“
30.06.03	Schwerin	WIB	Seminar „Aktuelle Fragen der Zeitgeschichte“
10.07.03	Schwerin	Technisches Landesmuseum e. V.	„Rockmusik und Stasiknast“, Lesung und Diskussion mit Dietrich Kessler
04.08.03	Schönberg	Seniorenunion Nordwestmecklenburg	Vortrag und Gespräch zum Thema „Politische Verfolgung in der DDR“
22.08.03	Prora	Prora 03	Filmvorstellung und Gesprächsrunde „Fremde und Fremdsein in der DDR“
24.08.03	Prora	CDU Landesverband Mecklenburg-Vorpommern	Gesprächsrunde „Sind Grundwerte noch wichtig?“
27.08.03	Schwerin	Universität Kiel	Vortrag vor Studierenden
06.09.03	Schwerin	Erzbischöfliches Amt	Vortrag „Die DDR - Was wirkt nach?“
11.09.03	Vlotho	Gesamteuropäisches Studienwerk e. V.	Vortrag „Vergangenheitsbewältigung am Beispiel des Stasi-Erbes“
18.09.03	Damm	Diakonisches Werk/Freiwilliges Soziales Jahr	Vortrag und Gespräch zum Thema „DDR-Jugend und Stasi“
24.09.03	Schwerin	Gymnasium Fridericianum Schwerin	Teilnahme an der Podiumsdiskussion „Werte“
26.09.03	Neubrandenburg	Sportgymnasium Neubrandenburg	Ausstellungseröffnung „SMT“
01.10.03	Schwerin	Politische Memoriale e. V., Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern	Bericht über Veranstaltungen anlässlich des 50. Jahrestages des 17. Juni 1953
02.10.03	Stavenhagen	Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge Hessen	„DDR-Aufarbeitung in Mecklenburg-Vorpommern“

Veranstaltungen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Landesbeauftragten			
Datum	Ort	Kooperationspartner	
02.10.03	Schwerin	Akademie für Politik, Wirtschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern e. V.	Vortrag „Stasi und DDR“
02.10.03	Möln	Stiftung Herzogtum Lauenburg	Vortrag zum Tag der Deutschen Einheit
06.10.03	Wismar	Lions-/Rotary-Clubs	„DDR - heute noch ein Thema?“
07.10.03	Stralsund	Straßenbauamt Stralsund	Vortrag „Überprüfungen auf MfS-Tätigkeit im öffentlichen Dienst“
11.10.03	Dreilützow	Katholische Jugend Mecklenburg-Vorpommern	Vortrag „Überwachung kirchlicher Jugendgruppen durch das MfS“
12.10.03	Schwerin	Föderative Vereinigung Zwangsausgesiedelter e. V.	Vortrag „Ziele und Aufgaben des LStU“ anlässlich der Jahresversammlung
17.10.03	Schwerin	Akademie für Politik, Wirtschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern e. V.	Vortrag „Stasi und DDR“
21.10.03	Schwerin	Seniorenclub Schwerin der IG Metall	Vortrag „Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit“
29.10.03	Neustrelitz	Carolinum Neustrelitz	Ausstellungseröffnung „Verurteilt am Demmlerplatz - Sowjetische Militärtribunale in Mecklenburg-Vorpommern“
07.11.03	Schwerin	Akademie für Politik, Wirtschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern e. V.	Vortrag „Stasi und DDR“
13.11.03	Schwerin	FDP-Kreisverband Schwerin	„Das MfS - Die Isolierungslager“
14.11.03	Penzlin	Stadt Penzlin	Ausstellungseröffnung „Verurteilt am Demmlerplatz - Sowjetische Militärtribunale in Mecklenburg-Vorpommern“
16.11.03	Levin	Kirchgemeinde Levin	Gedenksteinenthüllung
16.11.03	Bruderstorf	Kirchgemeinde Bruderstorf	Gedenksteinenthüllung
16.11.03	Kühlungsborn	Staatspolitische Gesellschaft Hamburg e. V.	Vortrag „Stasi und DDR“
17.11.03	Rostock	BStU, Außenstelle Rostock	Jugendtheaterstück „Beschädigte Seelen“
18.11.03	Nürnberg	Universität Nürnberg	Workshop/Seminar/öfftl. Vortrag, Thema „Aufarbeitung“
21.11.03	Schwerin	Akademie für Politik, Wirtschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern e. V.	Vortrag „Stasi und DDR“
24.11.03	Rostock	Lions-Club Rostock	„DDR - heute noch ein Thema?“
04.12.03	Damm	Diakonisches Werk/Freiwilliges Soziales Jahr	„Leben in der Diktatur, das MfS“

Im Rahmen der Reihe „jour fixe“, die in Kooperation mit der LpB durchgeführt wird, verantwortete der Landesbeauftragte zwei Gesprächsabende. Am 9. Januar 2003 referierte der Politikwissenschaftler Prof. Buchstein (Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald) zum Thema „Zum Auseinanderdriften von politischer Bildung und Politikwissenschaft“, am 9. Oktober 2003 Dr. Thomas Kopetsch von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung zum Thema „Ärztemangel in Mecklenburg-Vorpommern“.

Das Jugendtheaterstück „Beschädigte Seelen“ thematisiert die inoffizielle Zusammenarbeit von Jugendlichen mit dem Ministerium für Staatssicherheit. Seit Beginn des Projektes, das durch die Landeskulturelle Vereinigung Mecklenburg-Vorpommern e. V. und Interkunst e. V. konzipiert und durchgeführt wurde, begleitet der Landesbeauftragte diese intensive und gewinnbringende Auseinandersetzung von Jugendlichen mit der Geschichte inhaltlich und organisatorisch. Durch eine Kooperation mit der Außenstelle Rostock der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und dem Bildungswerk Mecklenburg-Vorpommern der Heinrich-Böll-Stiftung konnte das Stück am 17. November 2003 in Rostock aufgeführt werden.

Auf Einladung der Außenstelle Rostock der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und mit Unterstützung des Landesbeauftragten las am 23. Mai 2003 in Rostock Roman Grafe aus seinem Buch „Die Grenze durch Deutschland“ und diskutierte mit Schülerinnen und Schülern des Christophorus-Gymnasiums.

Zu weiteren inhaltlichen Höhepunkten der Tätigkeit der Behörde des Landesbeauftragten im Berichtszeitraum gehörten die Beteiligung an Vorbereitung und Durchführung des Sozialkundelehrtages im März 2003 (Kooperation mit L.I.S.A. und LpB), die Durchführung des 7. bundesweiten Kongresses der Verfolgtenverbände in Brandenburg gemeinsam mit den anderen Landesbeauftragten und der Stiftung Aufarbeitung, die Teilnahme an der Jahrestagung der „Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen“ in Neubrandenburg im April, die Teilnahme an Foren und Informationsständen auf dem „Ökumenischen Kirchentag“ im Mai in Berlin sowie beim Jugendevent „Prora 03“ auf Rügen im August des Jahres 2003.

4.3 50. Jahrestag des 17. Juni 1953

Zentrales Thema der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit des Jahres 2003 war der Aufstand vom 17. Juni 1953. Neben einigen kleineren Veranstaltungen fand am 12. Juni 2003 eine große Gedenkfeier in der Aula der Universität Rostock statt, die vom Landesbeauftragten gemeinsam mit der Hansestadt Rostock und der Außenstelle Rostock der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen durchgeführt wurde. Da der Landesbeauftragte auf seine Anfrage nach einer gemeinsamen Veranstaltung von der Staatskanzlei keine Antwort erhielt und der Landtag eine eigene Gedenkveranstaltung im Staatstheater Schwerin durchführte, blieb es bei den genannten Kooperationspartnern.

Veranstaltungen zum 50. Jahrestag des 17. Juni 1953			
Termin	Ort	Veranstalter	
12.03.03	Schwerin	LStU, LpB, Domgemeinde	Vortrag „Der 17. Juni 1953 in M-V“
28.05.03	Hagenow	CDU Hagenow	Vortrag „Der 17. Juni 1953 in M-V“
12.06.03	Rostock	Hansestadt Rostock, LStU, u. a.	Gedenkveranstaltung „17. Juni 1953“
14.06.03	Rostock	LStU, Hochschule für Musik und Theater Rostock, BStU Außenstelle Rostock	Konzert mit Wolf Biermann
15.06.03	Rostock	LStU, BStU Außenstelle Rostock, Hochschule für Musik und Theater Rostock	„Szenische Lesungen zum 17. Juni 1953“
16.06.03	Teterow	CDU Landesverband Mecklenburg-Vorpommern	„Der 17. Juni 1953 in M-V“
17.06.03	Rostock	Canticum novum e. V., LStU	„Psalmkonzert 1953“
18.06.03	Güstrow	Stadt Güstrow, LStU	Vortrag „Annäherungen an den 17. Juni 1953“
25.09.03	Pinnow	Ev. Kirchgemeinde Pinnow	Vortrag „Der 17. Juni 1953 in Mecklenburg und Vorpommern“

Ausstellung „17. Juni 1953 in Mecklenburg und Vorpommern“

Die Ausstellung „Der 17. Juni 1953 in Mecklenburg und Vorpommern“ ist ein Gemeinschaftsprojekt des Landesbeauftragten, der Ostakademie Lüneburg e. V. und der Dienststelle Lüneburg der Bundeszentrale für politische Bildung. Die inhaltlichen Recherchen, die Abfassung des Ausstellungs-drehbuchs und der Texte sowie die Erstellung eines Begleitheftes erfolgten durch eine Historikerin. Von der Ausstellung existieren zwei identische Exemplare, die 2003 parallel an Schulen in Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern gezeigt wurden. An den Ausstellungsstandorten in Mecklenburg-Vorpommern veranstaltete der Landesbeauftragte ein umfangreiches Rahmenprogramm, das von der Projektarbeit mit Schülerinnen und Schülern und anderen interessierten Gruppen bis zu einer Vortragsreihe zur literarischen Verarbeitung des 17. Juni 1953 mit dem Bremer Germanisten Dr. Martin Rooney reichte.

Termine der Ausstellung „Der 17. Juni 1953 in Mecklenburg-Vorpommern“	
19.02.-28.02.2003	Crivitz , Gymnasium Am Sonnenberg
04.03.-14.03.2003	Neubrandenburg , Curie-Gymnasium
18.03.-28.03.2003	Teterow , Gymnasium
02.04.-24.04.2003	Rostock , Dokumentationszentrum
28.04.-09.05.2003	Bergen , E.-M.-Arndt-Gymnasium
12.05.-23.05.2003	Ueckermünde , Albert-Schweitzer-Gymnasium
27.05.-06.06.2003	Stralsund , Strela-Park
11.06.-20.06.2003	Wismar , Volkshochschule
24.06.-04.07.2003	Schwerin , Gymnasium Fridericianum
20.10.-15.11.2003	Waren , Europäische Akademie
17.11.-30.11.2003	Malchow , Fleesensee-Gymnasium

5. Zusammenarbeit mit Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen

Der Kontakt zwischen den Verbänden politisch Verfolgter und den im Land Mecklenburg-Vorpommern tätigen Aufarbeitungsinitiativen gestaltete sich auch im Berichtszeitraum 2003 sehr eng. In den Räumen des Landesbeauftragten versammelten sich regelmäßig die Vertreter der verschiedenen Verbände, um ihre Erfahrungen auszutauschen und ihre Aktivitäten abzustimmen.

Im März 2003 wurden zwei Vertreter aus der Verbänderunde in den Beirat des Dokumentationszentrums des Landes für die Opfer deutscher Diktaturen gewählt. Sie sollen dort ihre Erfahrungen einbringen und die inhaltliche Ausrichtung dieser Gedenkorte mit gestalten. Die Opferverbände selbst hatten jahrelang um Sitz und Stimme in diesem Gremium gekämpft. Bei der ursprünglichen Berufung des Beirates hatte man Vertreter der Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen nicht berücksichtigt, wie die entsprechende Landtagsdrucksache dazu belegt. Nachdem die Vertreter der Opferverbände der SED-Herrschaft sowie zwei Vertreter der Opfer der NS-Diktatur in den Beirat gewählt worden waren, trat dieser allerdings im gesamten Jahr 2003 nicht mehr zusammen. Der Beiratsvorsitzende kündigte zunächst eine Sitzung für Juli 2003 an, diese wurde dann in den Herbst des Jahres verschoben.

In der Folge wurde die Sitzung erneut abgesagt. Als Grund wurde nun die Bemühung der Landesregierung um eine Neuordnung der politischen Bildung im Land Mecklenburg-Vorpommern angegeben, die sich auch auf das Dokumentationszentrum des Landes erstreckte.

Mitglieder der Verfolgtenverbände unterstützten den Landesbeauftragten im Berichtszeitraum als Zeitzeugen bei der Durchführung der Veranstaltungen zur Erinnerung an den 17. Juni 1953. Sie nahmen sowohl als Gesprächspartner in Schulveranstaltungen teil als auch bei der Organisation der Gedenkveranstaltungen rund um den 17. Juni 2003 in Rostock und an anderen Orten des Landes. Der Landesbeauftragte und seine Mitarbeiter nahmen als Gäste an den Jahres- oder Mitgliederversammlungen verschiedener Verbände und Aufarbeitungsinitiativen teil.

Auf Einladung der Konferenz der Landesbeauftragten und der Stiftung Aufarbeitung besuchten ca. 20 Mitglieder der im Land Mecklenburg-Vorpommern tätigen Verbände den 7. bundesweiten Kongress der Verfolgtenverbände, der vom 23. bis 25. Mai 2003 unter dem Motto: „Über Grenzen und Zeiten - für Freiheit, Recht und Demokratie“ in Brandenburg/Havel stattfand.

Auf der letzten Sitzung der Vertreter der Verbände im Jahr 2003 wurde noch einmal ein zentrales inhaltliches Thema der politisch Verfolgten ins Blickfeld genommen. Jörg Siegmund, Autor des Buches „Opfer ohne Lobby. Ziele, Strukturen und Arbeitsweise der Verbände des DDR-Unrechts“ erläuterte den Anwesenden sein neues Forschungsprojekt zum Thema „Praxis der Rehabilitierungen und Entschädigungen seit 1992“ und lud die Mitglieder der Verbände zur Teilnahme an seiner Studie ein. Davon wurde in der Folge reger Gebrauch gemacht. Viele ehemals politisch Verfolgte hatten sich ohnehin an Anhörungen in Ausschüssen des Deutschen Bundestages und an anderen geeigneten Stellen für Verbesserungen der Rehabilitierungsgesetze eingesetzt und zumindest eine Verlängerung der Fristen für die Antragstellung erreicht.

Politisch engagiert haben sich die Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern innerhalb des Berichtszeitraumes auch für das Fortbestehen der Dienststelle des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen sowie für das Stasi-Unterlagen-Ausführungsgesetz des Landes.